



UKRAINE UND EU POLITISCHE KULTUR SPRACHENFRAGE

- **ANALYSE**
Perspektiven der ukrainischen Beziehungen mit der EU: Freihandel statt Mitgliedschaft.
David Lane, Cambridge 2
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Die Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit der EU 5
- **DOKUMENTATION**
Kommentar von Ministerpräsident Viktor Janukowitsch zur außenpolitischen
Orientierung 8
- **KOMMENTAR**
Postkommunistische politische Kultur als Hindernis auf dem Weg zur Demokratie.
Gerhard Simon, Köln 9
- **ANALYSE**
Bis auf weiteres zweisam: Russisch in der Ukraine. Mariya Kopylenko, Kiew 11
- **CHRONIK**
Chronik vom 24. Oktober bis zum 13. November 2006 13
- **LESEHINWEIS**
Polen-Analysen 14

Die nächsten Ukraine-Analysen erscheinen am 28. November 2006. Thema werden informelle Netzwerke und Korruption sein.



Analyse

Perspektiven der ukrainischen Beziehungen mit der EU: Freihandel statt Mitgliedschaft

Von David Lane, Universität Cambridge

Zusammenfassung

Für die Ukraine stellen sich die Vorteile eines EU-Beitritts ähnlich dar, wie für die neuen post-sozialistischen EU-Mitglieder. Die stärkeren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen, die während der Sowjetzeit geknüpft wurden, würden jedoch bedeuten, dass ein Bruch mit Russland für die Ukraine eine viel größere Bedeutung hätte als für die bisherigen post-sozialistischen Mitgliedsstaaten. Die Führung der EU hat der Ukraine niemals einen Beitrittsstatus versprochen. Das für die Ukraine derzeit günstigste Szenario wären begrenzte Freihandelsabkommen sowohl mit der EU als auch mit Russland. Die Ukraine könnte in diesem Fall die Vorteile beider Seiten in Anspruch nehmen.

Der ukrainische Wunsch nach EU-Integration

Die Ukraine ist ein sehr großes Land, mit einer Bevölkerungszahl, die der Großbritanniens oder Frankreichs vergleichbar ist. Ein großer Teil der Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt, es gibt auch problematische Industriezweige in Schwerindustrie und Maschinenbau. Das Land hat sich seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes als instabil erwiesen; es gibt ernsthafte interne Konflikte zwischen Ost und West. Die umstrittenen Präsidentschaftswahlen im November und Dezember 2004 sind ein Beispiel für diese interne Instabilität.

Seit 1994, unter Präsident Leonid Kutschma, hat die Ukraine ihre Absicht erklärt, der EU beizutreten; 1998 schlug Kutschma eine „Strategie der Integration der Ukraine in die Europäische Union“ vor. Nach der Orangen Revolution und dem Aufstieg Viktor Juschtschenkos, der seinen Wahlkampf mit der Losung „Bewegung nach Westen“ führte, ist der EU-Beitritt zu einem prioritären Ziel der ukrainischen Außenpolitik geworden. Die offizielle Mission der Ukraine bei den Europäischen Gemeinschaften erklärt dies deutlich: „Europäische Integration ist eine irreversible Schlüsselpriorität der ukrainischen Außenpolitik“.

Die erneute und lautstarke Forderung nach EU-Mitgliedschaft ist nicht nur eine ideologische Haltung, die sich Juschtschenkos Orange Führung zu eigen gemacht hat, sie wird auch durch die Konsequenzen des EU-Beitritts der westlichen Nachbarn der Ukraine verursacht. Die Ukraine wird jetzt mit einem gemeinsamen EU-Handelstarif konfrontiert, während sie vorher spezielle Vereinbarungen mit Handelspartnern wie Polen und Ungarn hatte. Ihre Bürger müssen sich jetzt auch nach den gemeinsamen Visaregeln der EU richten, während sie vorher (nach dem Fall des Staatssozialismus) freie Einreise in ehemalige Länder

des Warschauer Paktes hatten. Die EU möchte ihre Aussengrenzen gegen unerwünschte Immigration und „weiche“ Sicherheitsrisiken schützen.

Für die Ukraine stellen sich die Vorteile eines EU-Beitritts ähnlich dar, wie für die neuen post-sozialistischen EU-Mitglieder. Für die Juschtschenko-Administration zählen eine symbolische Anbindung an die EU auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und eine Distanzierung von Russland zweifellos zu den Attraktionen einer EU-Mitgliedschaft. Die Möglichkeit der ungehinderten Bewegung nach Westen ist ein positives Angebot an die Bevölkerung.

Die stärkeren wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen, die während der Sowjetzeit geknüpft wurden, würden jedoch bedeuten, dass ein Bruch mit Russland für die Ukraine eine viel größere Bedeutung hätte als für die bisherigen post-sozialistischen Mitgliedsstaaten. Die ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken waren klein und wurden durch die baltischen Nachbarstaaten aufgefangen. Russland ist nach wie vor der größte Handelspartner der Ukraine. Im Gegensatz zu Polen, das bereits vor dem Fall des Staatssozialismus Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen gepflegt hatte, war die Ukraine ein integraler Teil der sowjetischen Wirtschaft und wird eine umfangreiche und sozial schmerzhaft Umstrukturierung benötigen, um Teil eines gemeinsamen EU-Marktes zu werden.

Die öffentliche Meinung in der Ukraine ist geteilt: Umfragen zufolge haben 53% der Ukrainer eine „eher positive“ Haltung gegenüber „der Vorstellung, dass die Ukraine der Union Russlands mit Belarus beitrifft“, während 47% „eher positiv“ zu einem EU-Beitritt eingestellt waren. Auf die Frage, welche Allianz sie bevorzugen, antwortete der größte Teil (29%), dass sie „zuerst dafür sind, den ostslawischen Block (Ukraine, Russland und Belarus) zu stärken“; nur

18 % optierten dafür, „zuallererst Beziehungen zu entwickelten Ländern des Westens aufzunehmen“.

Die Position der EU

Für die EU würde ein Kandidatenstatus der Ukraine gewisse Vorteile bringen. Wenn die Ukraine die Bedingungen des *acquis communautaire* erfüllen könnte, wären die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes stabiler und EU-kompatibler. Die Ukraine würde einen Markt für Direktinvestitionen, eine gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung und eine Niedriglohnwirtschaft in die EU einbringen. Es könnten Produktionsstandorte in die Ukraine ausgelagert werden. Eine Mitgliedschaft in der EU würde die Ukraine aus ihrer engen wirtschaftlichen und politischen Beziehung zu Russland herauslösen und diejenigen beruhigen, die Russland als Bedrohung ansehen. Kulturell gesehen gibt es in der Ukraine nationale und ethnische Spannungen, aber (im Gegensatz zur Türkei) keine muslimische Bevölkerungsgruppe, die von vielen Entscheidungsträgern in der EU Argument gegen die türkische EU-Mitgliedschaft angeführt wird.

Mit dem Anreiz der Mitgliedschaft könnte die EU in der Ukraine ihre Vorgaben zur Schaffung einer Marktwirtschaft durchsetzen. Wohingegen es eine Schwäche der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist, dass sie keine Sanktionen verhängen kann, wenn ihre Bedingungen nicht respektiert werden.

Einige der neuen EU-Mitgliedsländer haben sich für eine ukrainische EU-Mitgliedschaft ausgesprochen: Polen und Litauen sind lautstarke Unterstützer eines Beitritts der Ukraine zur EU. Nach der Orangen Revolution hat es im EU-Parlament große Mehrheiten für Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Ukraine gegeben. Allerdings haben weder der Rat der Europäischen Union (der aus den Staatsoberhäuptern der Mitgliedsländer besteht) noch die EU-Kommission einen Beitrittsstatus versprochen, und unter den alten Mitgliedsländern gibt es hierfür wenig Unterstützung.

Die mangelnde finanzielle Unterstützung für die neuen Mitglieder von 2004 verheißt außerdem nichts Gutes für eine weitere EU-Erweiterung. So ist Spanien, das etwa 63 % der Struktur- und Kohäsionsfonds der EU erhält, unwillig, seinen Anteil zugunsten der neuen Mitglieder zu verringern, auch Großbritannien wollte seinen Sonderrabatt nicht aufgeben. Da es in den entscheidenden Institutionen der EU ein solches Maß an Opposition gegen eine weitere Erweiterung gibt, ist es gut möglich, dass die Fürsprache für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine im EU-Parlament und bei den neuen Mitgliedsländer nur politisches Kalkül ist. Länder, die etwa wie Polen von den EU-

Agrarsubventionen profitieren, würden an die Ukraine als Mitgliedsland viel verlieren. Solange aber klar ist, dass zentrale EU-Akteure einen ukrainischen Beitritt nicht unterstützen stellt die Forderung nach einer Aufnahme der Ukraine kein politisches Risiko dar.

Die erhöhten Belastungen für das Budget der EU durch ein weiteres Land, dessen Bevölkerung so groß ist wie zwei Drittel der Bevölkerung aller Beitrittsländer von 2004 und eine weitere Ausdehnung der Grenzen nach Osten würden unter den jetzigen Umständen aus Sicht der EU schwerer wiegen als der politische Gewinn durch die Aufnahme eines neuen Mitgliedsstaates. Die Führung der EU hat der Ukraine dementsprechend niemals einen Beitrittsstatus versprochen. Die Beziehungen werden zurzeit durch Europäische Nachbarschaftsvereinbarungen geregelt. Aus der Sicht der EU bedeuten die Vorschläge für ein „Größeres Europa“, dass das mittelfristige Ziel der Nachbarschaftspolitik „keine Beitrittsperspektive und keine Rolle in den Institutionen der Union beinhaltet“.

Zollunion

Welche Alternativen zu einer Mitgliedschaft in der EU gibt es für die Ukraine? Bis zu welchem Grade entsprechen sie den Interessen des Landes? Es gibt viele Szenarien, die als Modelle für solche Beziehungen dienen könnten. Andere Länder, wie Norwegen, die Schweiz und die Türkei haben mit der EU günstige Bedingungen ausgehandelt, nehmen vielleicht sogar die meisten Vorteile der EU in Anspruch und bewahren die politische Kontrolle über ihre Volkswirtschaft. Nicht-Mitgliedschaft ist nicht notwendigerweise eine Katastrophe – es kommt auf die Alternative an.

Zwischen der Türkei und der EU ist eine Zollunion für Industriegüter in Kraft, die die freie Bewegung von Waren zu gleichen Bedingungen zwischen der Türkei und der EU zulässt. Eine Zollunion legt gemeinsame Tarife mit Drittländern fest, in anderen Worten, die Türkei akzeptiert die externen Import- und Exporttarife der EU, wofür sie Zugang zum EU-Markt erhält. Für die Ukraine wäre dies kein gutes Geschäft. Während die Ukraine die Vorteile einer Freihandelszone für einige ihrer bedeutendsten Exportgüter (vor allem Stahl und Kohle) erhalten würde, könnten andere Industriezweige, die auf einem niedrigeren technischen Niveau als diejenigen in der EU sind, ein Opfer dessen werden, was großzügig als „kreative Zerstörung“ umschrieben wird. Die Ukraine würde auch ihre Flexibilität in Bezug auf Drittländer verlieren, da deren Importe den externen Tarifen der EU unterliegen würden. Die Ukraine hat wichtige Handelsbeziehungen zu Russland und treibt

wachstumsstarken Handel mit Entwicklungsländern. Die Ukraine könnte keine bilateralen Vereinbarungen mit Drittländern aushandeln. Das Land würde vielleicht auch seine Überlegenheit auf russischen Märkten für Industriegüter und Maschinen verlieren. Die kürzlich erfolgte Preiserhöhung für russische Energielieferungen ist ein Beispiel dafür, was ohne besondere Tarifregelungen passieren würde: die Preise würden weiter steigen, bis auf das Niveau der übrigen EU.

Es gibt noch weitere Implikationen. Die Kernländer der EU würden ihren Entwicklungsvorsprung ausbauen und Forschung, Finanzen und Patentrechte kontrollieren, während die Länder an der Peripherie Produktionsstandorte und sowie Lieferanten für Rohstoffe und Halbfertigwaren würden. Die Länder an der Peripherie würden einen Abfluss von Profit und Arbeitskraft erfahren, wofür sie im Gegenzug ausländische Direktinvestitionen und Industriegüter erhalten würden.

Freihandelsabkommen

Das für die Ukraine günstigste Szenario wären deshalb begrenzte Freihandelsabkommen sowohl mit der EU als auch mit Russland. Die Ukraine könnte in diesem Fall die Vorteile beider Seiten in Anspruch nehmen. Die Ukraine könnte der EU Produktionsstandorte für die elektronische Industrie und möglicherweise auch für die Textilindustrie anbieten, obwohl steigende Löhne solche Möglichkeiten begrenzen und die Wertschöpfungskette in Entwicklungsländer verlagern könnten. Der große Vorteil einer Nicht-Mitgliedschaft in der EU läge im Bereich der Währungspolitik, da die Ukraine ihre Währung abwerten könnte, um ihre eigenen Exporte billiger und Importe teurer zu machen. Die Ukraine könnte auch ihre technisch nicht fortschrittlichen Industriezweige vor einer De-Industrialisierung schützen, wie sie anfänglich die neuen Mitgliedsstaaten der EU erlitten.

Die Ukraine wäre auch nicht der Kontrolle ihrer Staatsfinanzen durch die EU unterworfen und könnte so mit verstärkter Schuldenaufnahme den Bestand

von Firmen in der verarbeitenden Industrie und sowie die nationalen Forschungskapazitäten erhalten, obwohl auch ein WTO-Beitritt hier Grenzen setzen würde. Ein solches Szenario würde auch bedeuten, dass die Ukraine ihre Exportmärkte in Russland, der GUS und anderen Märkten außerhalb der EU zu eigenen Bedingungen beibehalten könnte.

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen ständen aber auch politische Nachteile. Die Außengrenze der EU würde eine neue Visaregelung bedeuten, aber ukrainische Bürger würden kein Recht auf freie Ein- und Ausreise in die EU haben. Die Ukraine wird nicht mit dem dynamischsten politischen und wirtschaftlichen Gebilde assoziiert sein, das es in Europa gibt. Das Land wird nicht direkt mit der Globalisierungsrhetorik von Wahldemokratien verbunden sein. Es wird sich auch nicht von den Auflagen der internationalen Organisationen wie WTO, Internationalem Währungsfonds (IMF) und Weltbank befreien können, es wird jedoch auch nicht an die Bedingungen des *acquis communautaire* der EU gebunden sein.

Positiver betrachtet, würde ein freier ukrainischer Markt außerhalb der EU diejenigen nicht vor den Kopf stoßen, die die historischen Verbindungen mit Russland erhalten möchten. Er würde der Ukraine auch die Entwicklung günstiger Handelsbeziehungen sowohl mit dem asiatischen Entwicklungsmarkt – China, Japan, Indien – als auch mit der EU erlauben. Darüber hinaus könnte die Ukraine dem Beispiel Norwegens folgen und in Osteuropa ein ähnliches unabhängiges Image projizieren.

Ob dies gut oder schlecht ist, hängt von der in der Ukraine gewählten Politik ab: Diejenigen, die eine schnellere Bewegung hin zu einer freien Marktwirtschaft wollen, könnten enttäuscht werden, diejenigen, die ein Regime möchten, das mehr dirigistisch und korporatistisch ist, werden sich freuen. Es ist möglich, dass die Ukraine sich so auf eine andere Art Kapitalismus, möglicherweise vom korporatistischen Typ, festlegt.

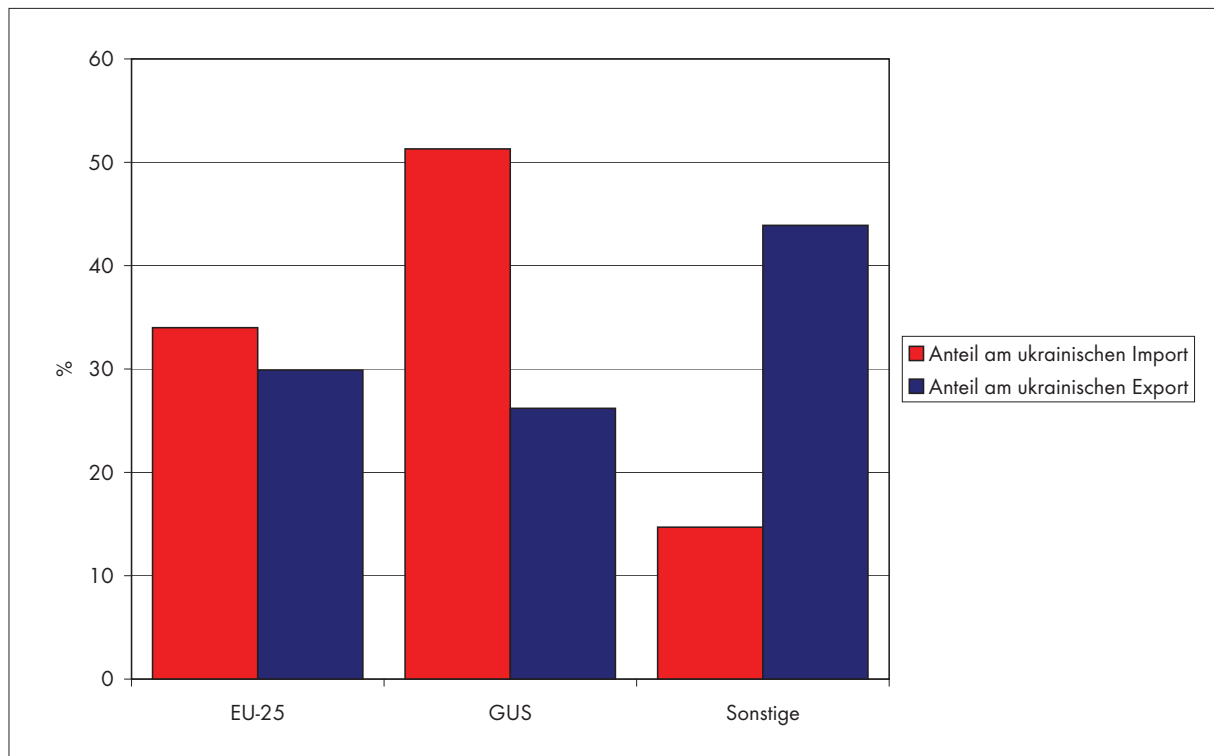
Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über den Autoren:

Dr. David Lane ist Senior Research Associate an der University of Cambridge. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zur politischen Ökonomie der post-sowjetischen Transformation.

Tabellen und Grafiken zum Text

Die Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit der EU

Grafik 1: Ukrainische Handelspartner 2004

Tabelle 1: Ukrainische Handelspartner: Exporte 2004

Land	Anteil
EU gesamt	29,9%
Davon: Deutschland	5,8%
Italien	5,0%
Polen	3,0%
GUS gesamt	26,2%
Davon: Russland	18%
Türkei	5,7%
USA	4,6%
Sonstige	33,6%

Tabelle 2: Ukrainische Handelspartner: Importe 2004

Land	Anteil
EU gesamt	34,0%
Davon: Deutschland	9,4%
Polen	3,3%
Italien	2,8%
GUS gesamt	51,3%
Davon: Russland	40,7%
Turkmenistan	6,7%
Sonstige	14,7%

Quelle: Bundesinstitut für Außenwirtschaft, www.bfai.de

Tabelle 3: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine (akkumuliert)

	1.1.2003	1.1.2004	1.1.2005	1.1.2006	1.1.2006
	Anteil	Anteil	Anteil	Anteil	In Mrd. US-Dollar
Deutschland	5,8%	6,6%	7,6%	33,6% ¹	5,51
Zypern	12,3%	11,7%	12,4%	9,5%	1,6
Österreich	3,9%	3,8%	4,1%	8,7%	1,4
USA	16,3%	16,1%	13,8%	8,4%	1,4
Großbritannien	9,8%	10,3%	10,7%	7,1%	1,2
Russland	5,9%	5,7%	5,5%	4,9%	0,8
Niederlande	7,2%	7,0%	6,6%	4,4%	0,7
Virgin Islands (British)	6,3%	5,7%	6,5%	4,2%	0,7
Schweiz	5,0%	4,8%	4,9%	2,7%	0,4
Polen	1,8%	2,3%	2,3%	1,4%	0,2
Ungarn	1,5%	1,9%	2,1%	1,2%	0,2
Republik Korea	3,1%	2,6%	2,1%	1,1%	0,2
Andere Länder	16,5%	17,0%	21,4%	12,8%	2,1
Gesamt	100%	100%	100%	100%	16,4

Anmerkung: ¹ Die Zahlen für Deutschland enthalten den Erwerb des ukrainischen Stahlwerkes KryvorizhStal durch die Mittal Steel Germany GmbH, eine Tochterfirma der indischen Mittal Stahlholding, im Herbst 2005. Der Kaufpreis betrug 4,8 Mrd. US-Dollar.

Quelle: Ukrainisches Staatliches Komitee für Statistik, <http://www.ukrstat.gov.ua/>

Tabelle 4: Ukraine, Russland und EU-Länder im Vergleich: Zentrale Kennzahlen (2004)

	Ukraine	Russland	Polen	Deutschland
Produktion				
BIP in Mrd. US-Dollar	64,8	581,4	242,3	2.740,6
BIP in Mrd. US-Dollar (Kaufkraftparität)	303,4	1.424,4	495,4	2.335,5
BIP pro Kopf in US-Dollar (Kaufkraftparität)	6.394	9.902	12.974	28.303
BIP-Wachstumsrate 1990–2004, pro Jahr	- 3,2%	- 0,6%	4,0%	1,5%
Geld und Finanzen				
Staatsausgaben für Bildung (als Anteil am BIP) (2002–2004)	4,6%	3,7%	5,8%	4,8%
Staatsausgaben für das Gesundheitswesen (als Anteil am BIP) (2003–2004)	3,8%	3,3%	4,5%	8,7%
Ausgaben für Forschung & Entwicklung (als Anteil am BIP) (2000–2003)	1,2%	1,3%	0,6%	2,5%
Außenwirtschaft				
Exporte (als Anteil am BIP)	61%	35%	39%	38%
Importe (als Anteil am BIP)	54%	22%	41%	33%
Ausländische Direktinvestitionen (als Anteil am BIP)	2,6%	2,1%	5,2%	- 1,3%
Anteil an den weltweiten Rüstungsexporten (2001–2005)	2,0%	31,0%	k.A.	6,0%
Ökologie				
Anteil am weltweiten CO ₂ -Ausstoß (2003)	1,3%	5,9%	1,2%	3,2%
Stromverbrauch pro Kopf (in Kwh) (2003)	3.683	6.303	3.702	7.258
Energieverbrauch pro BIP-Einheit (Kaufkraftparität) (2003)	0,53	0,53	0,22	0,16
Soziales				
Arbeitslosenquote (2005)	8,6%	8,7%	17,8%	9,3%
Bevölkerungsanteil mit einem Tageseinkommen von weniger als 4 US-Dollar (1996–99)	25%	53%	10%	0%
Anteil der reichsten 20% am Gesamtkonsum	37,5%	46,6%	42,2%	36,9%
Gesundheit				
Lebenserwartung	66,1	65,4	74,3	78,7
Anteil der Tuberkulose-Kranken an der Bevölkerung	0,151%	0,160%	0,032%	0,006%

Quelle: UNDP Human Development Report 2006

Dokumentation

Kommentar von Ministerpräsident Viktor Janukowitsch zur außenpolitischen Orientierung

Die Entscheidung der Ukraine: nach Europa

Im Verlauf der europäischen Geschichte ist mein Land, die Ukraine, in westlichen Hauptstädten sehr missverstanden worden. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wurde es „die Okraina“ genannt, was wörtlich das Grenzland zwischen der europäischen Zivilisation und einem fernen und unergründlichen Russland bedeutete. Es gibt vielleicht viele Menschen in Europa, die uns immer noch so sehen, aber in Wirklichkeit hat sich in der Ukraine einiges verändert, in einem Maße, das sogar diejenigen von uns erstaunt, die eine Rolle beim Zustandekommen dieser Veränderungen gespielt haben.

Am 2. August [2006] haben der Präsident der Ukraine Viktor Juschtschenko und ich zusammen mit anderen führenden Politikern eine Erklärung der Einheit unterzeichnet, von der wir glauben, dass sie der Grundstein einer modernen Ukraine sein wird. Diese Erklärung wird eine Blaupause für die Regierung und eine Richtlinie für die Reformen, denen wir verpflichtet sind, darstellen. Zu den Hauptpunkten dieser Erklärung gehören:

- Wirtschaftsreformen. Unsere Bürger haben den Anschluss an die wirtschaftliche „Schocktherapie“ und die darauffolgende Welle des Reichtums, die Osteuropa seit 1989 überschwemmt hat, verpasst. Wir haben gesehen, was Steuersenkungen, die Sicherung von privatem Reichtum und Liberalisierung des Handels für unsere Nachbarn in Europa getan haben. Unsere Regierung wird pro-Business sein und verpflichtet sich, eine Wirtschaft aufzubauen, die auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig ist. Unser erster Schritt auf diesem Weg wird die Annahme von Gesetzen sein, die nötig sind, um der Welthandelsorganisation (WTO) beizutreten.
- Politischer Pluralismus. Die Kompetenzen unserer Regierung sind fair aufgeteilt und spiegeln das Ergebnis der Parlamentswahlen im März getreu wider. Die Partei Juschtschenkos – Unsere Ukraine – stellt weiterhin den Präsidenten und die Minister für Äußeres, Verteidigung, Innere Angelegenheiten und den Nationalen Sicherheitsrat. Meine Partei, die Partei der Regionen, stellt den Premierminister und die Mehrheit der Minister insgesamt (sie konzentrieren sich sehr auf die Wirtschaft). Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Alexander Moros, ist Parlamentssprecher und Mitglied der regierenden Koalition. Meine politische Gegnerin Julia Timoschenko ist Chefin des größten Oppositionsblocks im Parlament und ist jetzt schon Kandidatin für die Präsidentenwahlen 2009. Das Parlament mag manchmal etwas lärmvoller sein als der Kongress der USA, ist aber nicht weniger repräsentativ.
- Konstruktive Beziehungen zu Russland und wo immer möglich eine Ausweitung der Kooperation. Wir glauben, dass das Hauptprinzip sowohl der Theorie des freien Handels wie auch der Diplomatie Respekt für den politischen Charakter und die souveräne Unabhängigkeit anderer Staaten ist. Wir glauben, dass diese Prinzipien unsere Beziehungen zu Russland bei einer Reihe von bilateralen Themen leiten werden, darunter auch unsere Verhandlungen über Energiesicherheit und grenzüberschreitende Investitionen.

Präsident Juschtschenko und ich sind uns außerdem einig, dass die Ukraine sich für Europa ausgesprochen hat und enge Beziehungen zu allen europäischen und euro-atlantischen Institutionen pflegen wird. Mit der Europäischen Union arbeiten wir an einem Aktionsplan für Reformen unter den Auspizien der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine führen wird. Mit den USA entwickeln wir einen Aktionsplan über Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und zu einer Reform der Justiz, mit Hilfe von Fördermitteln der Millennium Challenge Corporation. Darüber hinaus haben wir uns verpflichtet, unsere aktive Zusammenarbeit mit der NATO fortzusetzen.

Da unsere Beziehungen zur NATO zu einiger Verwirrung geführt haben, möchte ich mich klar ausdrücken. Der Präsident und ich haben für Gesetze gesorgt, die die Beteiligung von ukrainischen Truppen an NATO-Manövern erlauben, in der Ukraine und anderswo. Wir beabsichtigen eine Verteidigungsreform. Wenn aber eine Einladung ausgesprochen wird, werden wir ein Referendum abhalten, bei dem das ukrainische Volk seine Wahl treffen kann. Was immer auch in dieser Hinsicht geschieht, es sollte keinen Zweifel an der europäischen Ausrichtung unserer Nation geben.

Zu guter Letzt ist und bleibt die Ukraine ein Land mit großer Vielfalt. Wir haben den größten jüdischen Bevölkerungsanteil in Europa. Ich habe viele enge Freunde, die Anhänger des islamischen Glaubens sind, und wir haben zahllose christliche Konfessionen, darunter mindestens drei orthodoxe Konfessionen.

Wie Kanada und die Schweiz sprechen wir zwei Sprachen, ukrainisch und russisch. Ich komme aus der Ostukraine, wo die Muttersprache vieler Menschen russisch ist. Auch dies ist ein Quell für Missverständnisse gewesen. Manche Menschen haben angedeutet, dass der kulturelle Einfluss Russlands und der sprachliche Hintergrund von Menschen wie mir Beweis dafür sind, dass die Partei der Regionen pro-russisch ist. Sie ist es nicht. Die Tatsache, dass spanisch-sprechende Amerikaner Mitglieder der Republikanischen und Demokratischen Partei sind, führt nicht dazu, dass diese Parteien pro-spanisch oder „für“ sonst irgendein anderes Land sind. Gleichmaßen sollte das amerikanische Volk nicht glauben, dass meine Partei, und im Grunde jede Partei, die sich an der ukrainischen Politik beteiligt, nicht völlig der kulturellen Einheit und politischen Unabhängigkeit einer souveränen ukrainischen Nation verpflichtet ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Quelle: Persönliche Website von Viktor Janukowitsch, <http://www.ya2006.com.ua/eng/press-center/digest/4524d5f40f5e1/> veröffentlicht in der Washington Post vom 5. Oktober 2006, Seite A33

Kommentar

Postkommunistische politische Kultur als Hindernis auf dem Weg zur Demokratie

Von Gerhard Simon, Köln

Die Demokratie hat sich in den Ländern Ostmitteleuropas rascher durchgesetzt als in der Ukraine, obwohl auch in Polen Züge postkommunistischer Mentalität offensichtlich sind. In Russland wird das Ziel der Integration nach EU-Europa von einer deutlichen Mehrheit der politischen Klasse abgelehnt. Die Ukraine befindet sich also in einer Art Äquidistanz zwischen Russland und Polen; das ist ja auch der historische Ort, von dem sie herkommt.

Wie ist die Orangene Revolution unter der hier behandelten Fragestellung einzuordnen? Sie war eine Bürgerbewegung mit einer breiten gesellschaftlichen Basis und ein großer Schritt nach vorn auf dem Weg zur Demokratie. Sie hat allerdings nicht zu einem Wechsel der politischen und wirtschaftlichen Eliten geführt. Inzwischen haben diejenigen, gegen die sich die Orangene Revolution gerichtet hatte, eine Mehrheit im Parlament und sie stellen die Regierung. Der Verlierer der Orangen Revolution scheint paradoxerweise Präsident Viktor Juschtschenko zu sein, obwohl er von ihr in das Präsidentenamt getragen wurde. Die Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten besteht fort, die Gesellschaft bzw. die Wähler sind in ihrer Mehrheit weiter auf dem Weg der Demokratie vorangeschritten als große Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten.

Im Folgenden werden einige Beispiele für das Fortbestehen überkommener Mentalitäten und Verhaltensweisen skizziert:

1. Es gibt eine beinahe religiöse Hypostasierung

der Idee von der Einheit. Die Demokratie lebt aber von Differenzierung und Konflikt; nur unter dieser Voraussetzung können nämlich Präsidenten und Parlamente abgewählt werden, darin besteht schließlich eine zentrale Funktion der Demokratie. In der Ukraine wird demgegenüber der Idee der Einheit häufig in manipulatorischer Absicht – eine weit überzogene Bedeutung beigemessen.

Unter postkommunistischer Kultur werden hier mentale Prägungen und Verhaltensweisen der politischen Akteure verstanden, die am besten als Erbe aus der kommunistischen und vorkommunistischen Zeit erklärt werden können. Demokratie wird in diesem Zusammenhang definiert als das von den Akteuren in der Ukraine selbst gewählte Ziel der Anpassung und der Übernahme von normativen politischen Werten und Institutionen, wie sie in EU-Europa als Leitbilder gelten.

Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 hatte Viktor Janukowitsch vorgeschlagen, Juschtschenko solle Präsident werden, und er werde Ministerpräsident bleiben, dann würde man zusammen eine Einheit bilden. So ist es auch gekommen, was allerdings während der Orangen Revolution niemand für möglich gehalten hatte. Juschtschenko seinerseits hat in einem „Universal“ Anfang August 2006 versucht, alle politischen Kräfte auf eine einheitliche Linie festzulegen, obwohl alle wissen müssen, dass ein solches „Universal“ keine rechtlich bindende Wirksamkeit hat.

Die zweifellos realen regionalen Zerklüftungen der Ukraine können nicht durch die Idee von der Einheit überwunden werden, weil diese Idee eben nicht real, sondern eine Chimäre ist, die das Land auf dem Weg der Demokratie nicht voranbringt.

2. Wenn die Einheit die Voraussetzung und das Ziel politischen Handelns ist, dann ist Opposition überflüssig. In der Tat gilt Opposition noch immer als etwas Widernatürliches, wenn auch nicht mehr als Verrat und kriminelles Delikt wie in der kommunistischen Vergangenheit. Zwar hat der Block Julia Timoscheko sich nach dem Ende der orangenen Koalition im Parlament beherzt und entschlossen zur Opposition erklärt, zugleich aber ein Gesetzprojekt eingebracht, das mit einer detaillierten Quotenregelung eine Art Mitregierung der Opposition verlangt. Wie kann eine Opposition Alternative sein, wenn sie mitregiert?

Die Vorstellung, dass Regierung und Opposition gleichberechtigte Voraussetzungen in einem demokratischen Ordnungsgefüge sind, aber ganz unterschiedliche Funktionen zu erfüllen haben, muss sich erst noch in den Köpfen durchsetzen.

3. Die Missachtung und der Missbrauch von Prozeduren und Regeln durch die politischen Akteure sind weit verbreitet. Im Parlament werden Stimmen von Abgeordneten abgegeben, die gar nicht anwesend sind. Der Parlamentsvorsitzende lässt Abstimmungen so oft wiederholen bis das gewünschte Ergebnis herauskommt.

Die Verchovna Rada hat ihre formale Pflicht zur Verteidigung der Verfassungsrichter dazu missbraucht, die Tätigkeit des Verfassungsgerichts seit dem Sommer 2005 lahmzulegen, weil der Parlamentspräsident die Verteidigung der Verfassungsrichter nicht auf die Tagesordnung setzte.

Regionale und kommunale Parlamente verabschieden Normativakte über Sachverhalten, die nicht in ihre Kompetenz fallen, z. B. die Sprachenfrage oder die Verteidigungspolitik.

4. Die Unabhängigkeit der Justiz wird offen in Frage gestellt. So verabschiedete das Parlament im August 2006 ein Gesetz, wonach dem Verfassungsgericht untersagt wird, die Verfassungsmäßigkeit der Verfassungsänderungen vom Dezember 2004 zu prüfen.

Eingriffe der Exekutive in staatsanwaltliche Ermittlungen sind gang und gäbe. Deshalb ist es nicht gelungen, auch nur einen einzigen großen Fall von Wirtschaftskriminalität aus der Kutschma-Ära vor Gericht zu bringen. Die Ausnahme bildet der ehemalige Ministerpräsident Lazarenko, der in der Schweiz und in den USA wegen Geldwäsche verurteilt wurde.

5. In ähnlicher Weise gibt es auch keine Trennung von Politik und Wirtschaft. Die Orange Revolution hatte hehre Versprechungen gemacht; sie haben sich nicht realisieren lassen. Dabei überzieht die Wirtschaft sowohl die Legislative wie die Exekutive mit einem undurchschaubaren Netz von Lobbyaktivitäten und Korruption. Zwar bleiben Wirtschaft und Politik stets und auch in westlichen politischen Ordnungen aufeinander bezogen. Was aber in einem demokratischen System gefordert werden muss, ist Transparenz.

Gewaltenteilung ist eine der großen Errungenschaften der westlichen Demokratie. Sie in der Ukraine zu verankern, bleibt eine Aufgabe der Zukunft.

6. Zum postkommunistischen Erbe gehört auch ein Hang zur Superdemokratie. Die Schüler wollen die Meister übertreffen, häufig erweist sich das jedoch als Flop. Ein Beispiel ist die Einführung einer prozentualen Mindestbeteiligung bei Wahlen. Das hat dazu geführt, dass sich Nachwahlen manchmal über Jahre hingen, weil die erforderliche Mindestwahlbeteiligung nicht zustande kam. Inzwischen wurden diese Bestimmungen in den Wahlgesetzen abgeschafft.

7. Im Zusammenhang mit superdemokratischen Bestimmungen steht die Tendenz, Fehlentwicklungen durch den Rekurs auf das andere Extrem entgegenzusteuern. Ein Beispiel dafür bietet das neue Wahlgesetz. Weil die politischen Parteien nicht in der Gesellschaft verankert sind, wurde das Wahlrecht auf ein reines Verhältniswahlrecht umgestellt, das nun offenbar ein Spektrum von Parteien hervorbringen soll.

Auch die jetzt wirksam gewordenen Verfassungsänderungen enthalten Bestimmungen, die mit einer Art Overkill früheren Missbrauch abschaffen sollen. So verbietet die revidierte Verfassung faktisch den Austritt von Abgeordneten aus ihrer Parlamentsfraktion, er führt zum Verlust des Mandats. Generell setzt die Verfassungsreform einen gefestigten Parlamentarismus voraus, den es nicht gibt und den die Reform erst noch schaffen müsste.

8. Nach allgemeiner Ansicht sind kommunistische und postkommunistische Mentalitäten und Verhaltensweisen im Osten stärker prägend als im Westen und in der Zentralukraine. Eine detaillierte Forschung müsste diesen Sachverhalt erhärten, der als Hypothese plausibel erscheint.

Wie kann das postkommunistische Erbe überwunden und der Weg in eine demokratische Zukunft erleichtert werden? Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre zu allererst die Einsicht, dass es sich um Fehlentwicklungen handelt und dass sie einer Korrektur bedürfen. Die Orange Revolution hatte in

vielen Fällen eben diese Vorarbeit geleistet. Allerdings verhindern die Eliten vorerst die Umsetzung in die Praxis.

Eine andere Voraussetzung sind der Wille und die Fähigkeit, sich EU-Standards anzunähern. Diese Voraussetzung besteht in der politischen Rhetorik. Darüber hinaus gibt es ohne Zweifel in der Intelligenz und innerhalb der politischen Elite

starke Gruppierungen, die den Weg der Ukraine in die Zukunft ausschließlich in der Annäherung an EU-Europa sehen. Weil aber die Ukraine keine Perspektive auf die Mitgliedschaft hat, sind die von hier ausgehenden Motivationen und Sanktionen begrenzt. Deshalb werden die Phänomene der tradierten politischen Kultur wohl weiterhin bestimmenden Einfluss behalten.

Über den Autoren:

Prof. Dr. Gerhard Simon ist apl. Prof. für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln und Lehrbeauftragter am Institut für Politik und Gesellschaft der Universität Bonn.

Analyse

Bis auf weiteres zweisam: Russisch in der Ukraine

Mariya Kopylenko

Die Stellung der russischen Sprache in der Ukraine und ihre Koexistenz mit dem Ukrainischen war von jeher ein Politikum. Heute wird im Westen des Landes vor allem Ukrainisch gesprochen, im Osten dagegen hauptsächlich Russisch. Ukrainisch ist jedoch im gesamten Staatsgebiet die einzige Amtssprache.

In den letzten zwanzig Jahren ist rückblickend auf die Sowjetzeit viel vom Widerstreit zwischen den beiden Sprachen die Rede gewesen, von den Verfolgungen, denen das Ukrainische ausgesetzt war, von der Dominanz des Russischen und dem Ausschluss des Ukrainischen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Der Wahrheit halber muss jedoch eingeräumt werden, dass das Ukrainische in der Sowjetunion nicht ausnahmslos geächtet, sondern auf bestimmten Gebieten auch nach Kräften gefördert wurde.

Gegen Ende der Sowjetzeit war es in der Ukraine viel schwieriger, ein Buch auf Russisch als auf Ukrainisch zu veröffentlichen. Nur wenige geisteswissenschaftliche Verlage durften russischsprachige Bücher herausbringen; einer von ihnen war „Lybid“ (Der Schwan), das Verlagshaus der Kiewer Universität. Die in Kiew erscheinende Zeitschrift für Literaturübersetzungen „Wseswit“ (Die ganze Welt) war eine Zeitlang sogar dafür bekannt, dass sie unliebsame westliche Romane früher druckte, als es sich ihr Moskauer Pendant „Inostrannaja literatura“ (Ausländische Literatur) erlauben konnte. An Kiewer Universitäten wurden viele Vorlesungen und Seminare auf Ukrainisch abgehalten, was keineswegs als Akt der Zivilcourage galt. Eltern war es freigestellt, ihre Kinder in eine ukrainische Schule zu schicken. In der Kiewer Oper wurde Tschaikowskis „Jewgeni Onegin“ in der wunderbaren ukrainischen Übersetzung von Maxim Rylski

aufgeführt. Die Akademie der Wissenschaften veröffentlichte das bislang vollständigste Wörterbuch der ukrainischen Sprache noch zu Sowjetzeiten. Äußerlich galten die Prinzipien einer „freien Entfaltung der Nation“, wozu auch die ukrainische Sprache gehörte. Dies hielt die Behörden allerdings nicht davon ab, jeglichen Dissens, und besonders den national gefärbten, rigoros zu verfolgen.

Als die Ukraine unabhängig wurde, sagten viele der ukrainischen Sprache eine nie gesehene Blüte voraus. Sie würde sich zur alltäglichen Verkehrssprache für die fast 50 Millionen EinwohnerInnen des Landes entwickeln. Diese Erwartungen erwiesen sich als naiv. Heute stecken beide Sprachen, Ukrainisch und Russisch, in einer Krise. So stellte sich zum Beispiel heraus, dass nur wenige die ukrainische Hochsprache beherrschen, und zwar die, die das Ukrainische schon früher viel benutzten: JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, Schul- und HochschullehrerInnen, bestimmte SchriftstellerInnen und ein Teil der PolitikerInnen. In Schulen, in denen ukrainisch gesprochen wurde, gingen Kinder von Kulturschaffenden und der wissenschaftlichen Intelligenzija, oder aber solche, deren auf dem Land geborene Eltern in der ersten Generation in der Stadt lebten. Sowjetische BeamtenInnen und IngenieurInnen zogen es vor, ihre Kinder in russische Schulen zu schicken, da das Ukrainische ihrer Meinung nach keine

„Perspektiven“ eröffnete.

Seit der Wende müssen sich die AbsolventInnen russischer Schulen wohl oder übel auf die neue Amtssprache einlassen. Dabei entstellen sie sie jedoch auf ganz eigene Manier: Hauptsache, es klingt nicht russisch. Im „Neu-Ukrainischen“ werden immer mehr Polonismen und Anglizismen verwendet, die jedoch nicht nach den Regeln des Ukrainischen, sondern des Russischen gebildet werden. Es entstehen Neologismen mit russischen Endungen, die die ukrainische Literatursprache nicht kennt, wie „Kawowarka“ („Kaffeekocher“) statt „Maschinka do kawy“ für „Kaffeemaschine“ oder „Wantashiwka“ („Laster“) statt „Wantashnyj awtomobil“ für „Lastkraftwagen“, oder substantivierte Partizipien, die so im Ukrainischen unzulässig sind, etwa „widpotschiwajutschij“ (Erholungsreisender, wörtlich „der sich Erholende“) oder „likujutschij“ (Arzt, wörtlich „der Behandelnde“).

Viele, die des Ukrainischen nicht mächtig sind, halten es für eine junge Sprache ohne feste Normen. Daher seien Wortbildung und Syntax völlig freigestellt. Als gäbe es nicht das elfbändige „Wörterbuch der ukrainischen Sprache“, das 1971 bis 1980 von der Akademie der Wissenschaften herausgegeben wurde.

Obwohl das Land seit über fünfzehn Jahren politisch unabhängig ist und sich die ukrainische Sprache unabhängig vom Russischen entwickelt, ist es nicht gelungen, den Einfluss des „großen Bruders“ ganz abzuschütteln. So gibt es im Ukrainischen bis heute kaum eigene Kraftausdrücke: Die gesamte Schimpfsprache, aber auch modische Floskeln sind dem Russischen entlehnt, das weiterhin überall da als Quelle fungiert, wo dem Ukrainischen eine bestimm-

te Begrifflichkeit fehlt. Dies gilt auch für den Gauner- und Häftlingsjargon, der in der Ukraine ebenso wie in Russland quer durch alle Bevölkerungsschichten verbreitet ist.

In den städtischen Gebieten der Ostukraine hat sich an den meisten Schulen eine widersprüchliche Sprachsituation entwickelt. Unterrichtet wird auf Ukrainisch, Russisch gibt es als Fach zumeist überhaupt nicht. Andererseits ist Russisch das wichtigste Kommunikationsmittel der Kinder in den Pausen und generell im privaten Bereich, sie können es aber nicht fehlerfrei schreiben. Das Ukrainische hingegen, das zwar in der Schule unterrichtet wird, verwenden sie nicht. Um gegenzusteuern, schicken viele Eltern ihre Kinder in privaten Russischunterricht. Doch diesen Ausweg aus dem Teufelskreis können sich nur wenige leisten. Dabei ist es auch kaum möglich, das Ukrainische richtig zu erlernen. Der Staat tritt zwar offiziell für die Verbreitung der ukrainischen Sprache ein, stellt dafür aber keine Mittel zur Verfügung. In der Sprachpolitik ersetzen Russischverbote bis heute eine Förderung des Ukrainischen.

Die beiden Sprachen werden in der Ukraine noch viele Jahrzehnte koexistieren. Je nach der politischen Konjunktur wird sich die Wagschale mal in die eine, mal in die andere Richtung neigen. Derzeit ist die Situation für beide Sprachen höchst kritisch. Der beste Beleg dafür sind die in einigen Gebieten der Ostukraine unternommenen Versuche, das Russische offiziell als zweite Amtssprache anerkennen zu lassen. Ideal wäre eine Situation vollkommener Zweisprachigkeit; diesen Weg versperren aber bislang die negativen Erfahrungen aus der Sowjetzeit.

Übersetzung aus dem Russischen: Mischa Gabowitsch

Über die Autorin:

Mariya Kopylenko ist stellvertretende Chefredakteurin der Kiewer Zeitschrift *National Security: Problems and Perspectives* (erscheint auf ukrainisch und englisch) und Mitglied im ukrainischen JournalistInnenverband. Sie publiziert auf Ukrainisch und Russisch zur europäischen Integration der Ukraine.

Lesetipp:

Sprache und Literatur der Ukraine zwischen Ost und West. Hrsg. von Juliane Besters-Dilger, Michael Moser und Stefan Simonek, Bern 2000.

Nachdruck aus *kultura* 10/2006

http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/kultura/kultura_10_2006.pdf

Wir danken Autorin und Herausgeber für die Genehmigung.

Chronik
Chronik vom 24. Oktober bis 13. November 2006

24.10.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch erklärt nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Michail Fradkow in Kiew, dass die Ukraine 2007 Erdgas für einen Lieferpreis von 130 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter erhalten werde. Die gesamten Erdgasimporte der Ukraine sollen aus Zentralasien kommen und durch das russische Pipelinenetz geliefert werden. Fradkow erklärte, dass die Frage der Erdgaslieferungen zwischen den betroffenen Firmen besprochen werde und nicht Gegenstand seiner Gespräche mit Janukowitsch gewesen sei. Er betonte hingegen das russische Interesse, die WTO-Verhandlungen der beiden Länder zu synchronisieren. Die russische Tageszeitung Kommersant behauptet unter Berufung auf Kreml-Quellen, dass eine abgestimmte WTO-Strategie sowie ein ukrainischer Verzicht auf NATO-Mitgliedschaft und eine Verlängerung des Abkommens zur Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim zu den russischen Bedingungen für das Erdgasabkommen gehörten. Sowohl Juschtschenko als auch Janukowitsch erklären, dass die Ukraine im eigenen nationalen Interesse über ihren WTO-Beitritt entscheiden werde. Am 30.10. kündigt Janukowitsch an, dass die Regierung WTO-Gesetzgebung Mitte Dezember ins Parlament einbringen werde. Gleichzeitig erklärt er, dass die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte über 2017 hinaus verlängert werden könnte.
27.10.2006	Beim informellen EU Gipfel im finnischen Lahti erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass die Ukraine ihre Kooperation mit der EU „auf das Niveau politischer Assoziation und wirtschaftlicher Integration“ bringen wolle. Der Präsident der EU-Kommission Jose Manuel Barroso reagiert jedoch zurückhaltend und nennt ein Freihandelsabkommen als zentrales Ziel der bilateralen Beziehungen.
30.10.2006	Spezialkräfte der Polizei verhaften in Dnipropetrowsk 90 bewaffnete Männer, die den zentralen Marktplatz der Stadt stürmen wollen. Die Hintergründe sind unklar. Der Marktplatz war in einem umstrittenen Ausschreibungsverfahren im Jahre 2004 an eine private Firma übergeben worden. Das Ausschreibungsverfahren war im September 2006 gerichtlich annulliert worden.
01.11.2006	Das Parlament diskutiert den Rücktritt von vier Ministern der Partei Unsere Ukraine. Die Minister hatten am 19.10. ihren Rücktritt bei Ministerpräsident Viktor Janukowitsch eingereicht. Dieser hatte die Regierung jedoch aufgefordert, normal weiterzuarbeiten und die Rücktritte nicht akzeptiert. Der Fraktionsvorsitzende von Unsere Ukraine, Roman Bezsmertnij, forderte das Parlament auf eine Regelung zur Entlassung von Regierungsmitgliedern zu entwickeln. Das Parlament nimmt anschließend in einfacher Abstimmung die Rücktritte von Justizminister Roman Zwaritsch und Kulturminister Igor Lihowij an. Der anwesende Ministerpräsident Viktor Janukowitsch nominiert als ihre Nachfolger Alexander Lawrynowitsch und Juri Bohutskij. Beiden Ernennung stimmt das Parlament umgehend zu.
02.11.2006	Das Parlament setzt eine Kommission ein, um Korruptionsvorwürfe gegen das Innenministerium unter Juri Luzenko von Unsere Ukraine zu untersuchen. Juri Luzenko hatte im Gegensatz zu den anderen vier von Unsere Ukraine gestellten Ministern sein Rücktrittsgesuch vom 19.10. zurückgezogen.
03.11.2006	Das Parlament fordert Außenminister Boris Tarasjuk und Verteidigungsminister Anatoli Hrizenko auf, bis zum 15.11. einen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Die beiden Ministerposten werden nicht vom Ministerpräsidenten sondern vom Präsidenten besetzt.
07.11.2006	Zum Jahrestag der Oktoberrevolution demonstrieren in Kiew 2.000 Anhänger der Kommunistischen Partei.
09.11.2006	Die Trinkwasserversorgung in der Hafenstadt Sewastopol auf der Krim wird weitgehend eingeschränkt.
11.11.2006	In einem Fernsehinterview fordert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch Präsident Viktor Juschtschenko auf, Außenminister Boris Tarasjuk zu entlassen. Er führt aus: „Wie soll ich auf einen Minister reagieren, der erklärt, er stände in Opposition zur Regierung?“ Gemäß der ukrainischen Verfassung wird der Außenminister genau wie der Verteidigungsminister nicht vom Ministerpräsidenten sondern vom Präsidenten bestimmt.
13.11.2006	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch erklärt in einem Fernsehinterview, dass sich Innenminister Juri Luzenko zwischen Regierungsarbeit und Parteipolitik entscheiden müsse. Er werde den Minister zu einer entsprechenden Entscheidung auffordern.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Polen-Analysen

Polen hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Partner der deutschen und der europäischen Politik entwickelt. Die inneren Tendenzen und die außenpolitischen Weichenstellungen finden steigendes Interesse bei den politisch interessierten Beobachtern und Partnern Polens. Zugleich nimmt angesichts der aktuellen Entwicklungen in Polen das Informationsbedürfnis zu.

Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben das Deutsche Polen-Institut Darmstadt <http://www.deutsches-polen-institut.de/> und die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de> mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde <http://www.dgo-online.org/> Hintergrundanalysen heraus. Diese Polen-Analysen sollen kurz und prägnant das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien sowie die interessierte Öffentlichkeit verfügbar machen. Autoren sind deutsche, polnische und internationale Experten. Die Polen-Analysen orientieren sich dabei am erfolgreichen Konzept der Russlandanalysen <http://www.russlandanalysen.de> und der Ukraine-Analysen <http://www.ukraine-analysen.de>.

Die Polen-Analysen werden jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat auf Anforderung unentgeltlich per E-Mail als pdf-Datei versandt. Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort Polen-Analysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de. Ein Archiv aller Ausgaben sowie weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de.

Die Redaktion der Polen-Analysen
Dieter Bingen, Stefan Garsztecki, Silke Plate

